

Von: [Meiwald Peter](#)  
An: [antwort@rentenpolitikwatch.de](mailto:antwort@rentenpolitikwatch.de)  
Thema: AW: Ihre Position zu drängenden Fragen der Rentenpolitik  
Datum: Freitag, 28. Oktober 2016 14:01:11

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne möchte ich Ihnen die Fragen zur Rentenpolitik aus der Sicht der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantworten.

Frage 1: Lebensstandard im Alter sichern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

**Teilweise.** Die Rentenkommission der Grünen hat sich dem Thema des Sicherungsniveaus in der gesetzlichen Rente gesondert gewidmet. Den Abschlussbericht können Sie hier nachlesen: [https://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/GRUENE\\_Abschlussbericht\\_Rentenkommission.pdf](https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/GRUENE_Abschlussbericht_Rentenkommission.pdf)

Hiernach wird klar, dass die Legitimität der gesetzlichen Rentenversicherung nur dann gewahrt wird, wenn langjährig Versicherten keine Armut droht und wenn sich eigene Beiträge tatsächlich lohnen. Letzteres gilt für kleine, mittlere und hohe Einkommen gleichermaßen. Denn nur wem trotz langjähriger Beitragszahlung im Rentenalter keine Sozialhilfe droht oder wem die Möglichkeit eröffnet wird, den Lebensstandard jenseits der Armutsgrenze zu sichern, wird der gesetzlichen Sozialversicherung langfristig Vertrauen schenken. Wir setzen daher auf eine starke gesetzliche Rentenversicherung mit einem angemessenen Rentenniveau und einer Garantierente. Was das konkret bedeutet, wird auf dem Parteitag der Grünen Anfang November beschlossen. Der Bundesvorstand schlägt in seinem Entwurf für einen Leitantrag vor, dass das heutige Rentenniveau nicht weiter fallen sollte: [https://bdk.antragsgruen.de/40/Wir\\_investieren\\_in\\_Gerechtigkeit-38726](https://bdk.antragsgruen.de/40/Wir_investieren_in_Gerechtigkeit-38726)

Frage 2: Altersarmut verhindern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

**JA.** Die Grünen setzen sich schon seit langer Zeit für eine steuerfinanzierte Garantierente ein, die langjährig Versicherten eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus garantiert. Die Einzelheiten unseres Konzeptes finden Sie hier: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/134/1713493.pdf>

Frage 3: Erwerbstätigenversicherung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

**JA.** Soziale Sicherungssysteme müssen verlässlich, solidarisch und gerecht gestaltet werden. Ziel muss daher eine Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflege- sowie der Rentenversicherung sein, in die alle Bürgerinnen und Bürger unter der Berücksichtigung aller Einkunftsarten einbezogen werden. So sind sie gut abgesichert und versorgt und können sich entsprechend ihrer Einkommen an der Finanzierung beteiligen.

Frage 4: Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken: Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzstärkung der gRV umgeleitet werden?

**Teilweise.** Die Rentenkommission der Grünen Partei hat beschlossen, die Einnahmesituation der Rentenkasse nachhaltig zu verbessern. Hierfür sind mehrere Maßnahmen notwendig, die auch aus gesellschaftspolitischen Gründen unsere Unterstützung finden. So muss sich z.B. der Bund stärker als bisher an den so genannten versicherungsfremden Leistungen der Rentenkasse beteiligen. Es kann nicht sein, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die Mütterrente einseitig zulasten der gesetzlichen Rentenversicherung gehen. Bei den Förderbeiträgen der Rentenversicherung sehen mehrere Anträge von Partei und Fraktion vor, zu jeder Zeit freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Säule zu entrichten, die dann entsprechend zur Riester-Förderung gefördert werden.

Frage 5: Rentenpolitische Fehler korrigieren: Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- zu West-Renten?

**Teilweise.** Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, die Riester-Rente grundlegend zu reformieren und ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einzuführen, das als öffentlich verwaltetes Produkt neben die bereits bestehenden Vorsorgeangebote treten soll. Die öffentliche Förderung der privaten Altersvorsorge hat in der Vergangenheit Fehlallokationen zulasten der Geringverdiener\*innen nach sich gezogen. Bei der Frage der nachträglichen Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung befinden uns derzeit in einem fraktionsinternen Abstimmungsprozess. Bei den Erwerbsminderungsrenten sehen wir deutlichen Nachbesserungsbedarf und fordern die Abschaffung der Abschläge, sofern der Zugang zur EM-Rente aus rein medizinischen Gründen erfolgte. Die Zwangsverrentung lehnen wir

komplett ab. Bei der Renteneinheit sind wir die einzige Fraktion, die sofort eine komplette Vereinheitlichung zwischen Ost und West fordert.

Falls Sie hierzu noch weitere Nachfragen haben, können Sie sich jederzeit auch an das Büro meines fachzuständigen Kollegen Markus Kurth wenden:

Markus Kurth  
Platz der Republik  
11011 Berlin

Telefon: +49. (0)30. 227 719 - 70  
Fax: +49. (0)30. 227 769 - 66  
E-Mail: markus.kurth@bundestag.de

Mit freundlichen Grüßen

Peter Meiwald

\*\*\*\*\*

Peter Meiwald MdB  
Sprecher für Umweltpolitik  
Obmann im Ausschuss für Umwelt,  
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit  
Bündnis 90/Die Grünen

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: +49 30 227 78040  
Fax: +49 30 227 76038  
[peter.meiwald.ma01@bundestag.de](mailto:peter.meiwald.ma01@bundestag.de)  
[www.peter-meiwald.de](http://www.peter-meiwald.de)  
<https://www.facebook.com/petermeiwald.de>  
<https://twitter.com/petermeiwald>